

Die Wut ist groß, aber wohin damit?



Doch es reicht nicht aus, sich sozialrevolutionär zu organisieren, wenn nicht die Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in eine Assoziation freier ProduzentInnen Ziel und Zweck dieses Zusammenschlusses bildet.

Dazu sind im TREND zahlreiche „Grundlagentexte“ erschienen. Die vorliegende Druckausgabe - übrigens die erste, seit dem es den TREND seit fast 10 Jahren als Onlinezeitung gibt - will auf diese Texte aufmerksam machen, um damit die notwendige Diskussion über Formen und Ziele sozialemanzipatorischer Politik voranbringen zu helfen.

Die Textauswahl dieser Printausgabe ist das Ergebnis mehrerer Konsultationen der Redaktion mit verschiedenen undogmatischen linken Einzelpersonen und Zusammenhängen, vornehmlich in der Region Berlin.

Während Deklassierung und Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse unter den Bedingungen des weltweit akkumulierenden Kapitals zügig voranschreiten und auch vor den sogenannten Mittelschichten nicht Halt machen, wachsen Enttäuschung und Wut.

Auf Seiten der Betroffenen entwickeln sich dabei vielfältige kollektive Formen von Protest und Aufruhr. Und es entsteht die Meinung, dass es unmöglich ist, mithilfe „kon-

struktiver Kritik,“ gerichtet an Kapital, Staat und Gewerkschaft, diesen Verelendungsprozess stoppen oder gar umkehren zu können.

<http://www.trend.infopartisan.net/trd7803/t087803.html>

Arbeit total

Die Schröder'schen Sozialreformen – Projekt der Restrukturierung und Verallgemeinerung der Lohnarbeit

von Olaf Dehler und Lutz Getzschmann

Im folgenden Text versuchen wir, die ökonomischen wie ideologischen Motive zu benennen, die den gegenwärtigen Debatten um die Umsetzung der Hartz-Gesetze, vor allem aber der „Agenda 2010“ und der Sanierung des Gesundheits- und Rentensystems zugrunde liegen. Dieser Versuch ist zunächst ein sehr vorläufiger Diskussionsbeitrag, der sich auf die sozioökonomische Verfasstheit der BRD-Gesellschaft beschränkt

.... Insofern harrt dieser Entwurf der Diskussion, der Ergänzung und Korrektur.

Krise des Arbeitsmarktes – Krise des Systems der Lohnarbeit

Die von „Wirtschaftsweisen“ und Arbeitsmarktexperten seit längerem beschworene Rezession scheint inzwischen eingesetzt zu haben. Eine Dunstglocke der Depression legt sich über das Land und im Strom der nicht abreißen Horror-meldungen über Rekordarbeitslosenzahlen, Firmenpleiten, bankrotte kommunale Haushalte und die Schließung von Bibliotheken, Schwimmbädern und sozialen Einrichtungen, den Debat-



ten um Rentenniveau, Rentenbeiträge und Renteneintrittsalter sowie die Kostenkrise im Gesundheitswesen wird dem erschrockenen Zeitungsleser und Fernsehzuschauer zunehmend unklar, inwiefern diese verschiedenen Tatbestände eigentlich miteinander zusammenhängen und warum.

Genau diese Unklarheiten und dumpfen Ängste um Job und Existenzsicherung, die sich breit machen, nutzt nun die medienwirksam in die Ecke gedrängte Schröder-Regierung, um einen grundlegenden Bruch mit den bisherigen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen zu inszenieren und den massivsten Angriff auf Lebensstandard, soziale Rechte und Absicherungen der Lohnabhängigen seit Bestehen der BRD zu starten.

...Die drakonischen Maßnahmen, die nun zur Diskussion stehen, sind jedoch nicht einfach „soziale Grausamkeiten“, ausgeführt von einer orientie-

**Das Ende der Bescheidenheit - www.mai-steine.de
Mai-Steine-Aktionswoche vom 23. April bis 1. Mai**

Fortsetzung „Arbeit total“ von Seite 1

rungslosen und unfähigen Regierung, die sich nicht anders zu helfen weiß um aus ihrem Umfragetief herauszukommen, sondern die vom Kapitalinteresse her notwendige Reaktion auf eine tiefgreifende Krise der Lohnarbeit, die sich u.a. in den seit Jahren konstant hohen Erwerbslosenquoten manifestieren, die eben – und soviel haben Regierung und Unternehmerlobby inzwischen begriffen – Ausdruck einer strukturellen, nicht in erster Linie einer konjunkturellen Krise sind. Im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus und der damit einhergehenden Fragmentierung, Ausdifferenzierung und Deterritorialisierung der Lohnarbeitsverhältnisse haben sich die Grenzen zwischen direkter Lohnarbeit und selbständiger Arbeit, formell dokumentierter und informeller Arbeit und vor allem zwischen für den Arbeitsmarkt verfügbarer Arbeit und „Nicht-Arbeit“ seit den frühen achtziger Jahren soweit verwischt, die Nischen und Fluchtreaktionen aus dem System der Lohnsklaverei soweit geöffnet, dass, bei gleichzeitig steigenden Erwerbslosenquoten die Reproduktion der LohnarbeiterInnenklasse als Klasse gefährdet schien. Die aus dem „Normalarbeitsverhältnis“ „freigesetzten“ Menschen, vor allem jüngere, denen die kapitalistische Arbeitsethik nicht mehr in dem Maße ansozialisiert wurde, wie den gewerkschaftlich und industrialistisch geprägten ArbeiterInnengenerationen vor ihnen, haben in vielen Fällen das getan, was ihnen der gesunde Menschenverstand eingab, nämlich: sind der Zwangsjacke eines Fulltime-Jobs mit Arbeitshefte, Betriebsethos, Mobbing, nervenden Vorgesetzten, Konkurrenz etc. aus dem Wege gegangen soweit es nur ging. Das entstehende Netzwerk unterschiedlichster „selbständiger“, „freier“ oder Teilzeitschäftigen, Jobs auf Zeit, die gewechselt werden wenn der Druck am Arbeitsplatz steigt etc. hat das Kapital zwar innerhalb kurzer Zeit wiederum für sich absorbieren können um es einzubinden in veränderte Produktionsabläufe („Lean Production“, „Just-in-time“-Produktion“, zumal sich herausstellte, dass es wesentlich effektiver ist, zusätzlich zur reinen körperlichen Arbeitskraft durch die Schaffung von netzwerkförmigen Produktionsstrukturen, Qualitätszirkeln, „abgeflachten Hierarchien“ und dem Anschein von Autonomie der Lohnabhängigen im Arbeitsprozess die diese vermitteln, auch die Kreativität und Innovationsfähigkeit von Lohnabhängigen zu kaufen, als achteinhalb Stunden täglich stumpfsinnige Fließbandarbeiten ausführen zu lassen. Die kostenintensiven Hierarchien, Überwachungs- und Disziplinierungsapparate konnten teilweise abgeschmolzen werden, die Arbeitsorganisation deutlich flexibler gestaltet werden....

Neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten: Ausweitung der Lohnarbeit in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein

Entgegen den modischen Thesen, vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ die noch vor wenigen Jahren in weiten Teilen der Linken in aller Munde waren, hat demnach, trotz des Zerfalls der „Normalarbeitsverhältnisse“ und einer formell registrierten Massenerwerbslosigkeit, wie es sie in Deutschland seit Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr gegeben hat, die Lohnarbeit nicht ausgedient, sie hat sich lediglich diversifiziert, entrechtlicht und zeitlich wie örtlich entgrenzt....

Die Krise der Lohnarbeit, als Modernisierungskrise der kapitalistischen Arbeitsorganisation im Übergang vom Fordismus zu einem bisher eher diffu-

sen postfordistischen Akkumulationsregime, wird also durch Regierung und Kapital gemeistert, indem ein verallgemeinerter Arbeitszwang etabliert wird, der durch die Auflösung der fordistischen Kommandostruktur der Fabrik nur noch totaler und repressiver ist, weil die bisher erprobten Formen kollektiven Widerstands etwa für selbständige ArbeiterInnen und prekäre Teilzeit- oder PSA-JobberInnen weitgehend wegfallen und dem Kapital im Kampf um die Kontrolle der Lebenszeit der Lohnabhängigen keine Grenzen mehr gesetzt werden. Den freien Sonntag als Allgemeingut, als geschützten Raum zur Wiederherstellung der Arbeitskraft, gibt es schon seit Jahren nicht mehr, Sonntagsarbeit als Regelfall durchzusetzen, wird das nächste Ziel sein. Verfügbar zu sein, nicht nur an fünf Tagen in der Woche von 9 bis 17 Uhr sondern täglich rund um die Uhr, wann immer es erforderlich sein mag, ist die eigentliche Forderung, die hinter der Debatte um erweiterte Ladenöffnungszeiten und die „Dienstleistungshölle Deutschland“ steht. Lohnarbeit in bestimmten Situationen auch am heimischen Computer zu verrichten, ohne dafür ein Großraumbüro aufsuchen zu müssen, ist eine Errungenschaft der IT-Branche und anderer neuer Dienstleistungsindustrien. Es handelt sich bei diesem Komplex um die möglichst vollständige Auflösung jedes von Arbeit für das Kapital freien Schutzraumes, sowohl örtlich als auch zeitlich....

...Wenn wir aber nur noch Arbeitsmonaden sind, deren „Freizeit“ flexibel irgendwann zwischen zwei jederzeit veränderbaren Schichten zu verbringen ist, oder auch von der Lohnarbeit gar nicht mehr zu trennen ist, weil das eine qua „Selbständigkeit“ und „Selbstmanagement“ nahezu bruchlos ins andere verzahnt ist, entfällt eine Grundlage bisheriger Sozialbeziehungen. Wenn eine politische Gruppe, Gewerkschaftsgruppe oder auch ein Kegelverein, ein Stammtisch, ein Fanclub, ein Laienchor seine Treffen eben nicht mehr irgendwann in der Woche um 19.30 Uhr oder 20 Uhr abräumen kann, weil die Hälfte der Mitglieder zu dieser Zeit noch arbeiten, wenn kulturelle Veranstaltungen, Kinobesuch (warum wohl bieten die meisten Kinos in den letzten Jahren vermehrt Spätvorstellungen an?) in der bisherigen Form ein echtes Organisationsproblem darstellen, dann muß sich der Aufbau und Erhalt von Sozialbeziehungen (ohne die wir nun mal nicht leben können) Freizeit- oder politischen Aktivitäten in anderen Formen entwickeln, was bisher aber erst in Fragmenten sichtbar wird. Es sei nur angedeutet, dass die so massive Nutzung des Internets augenscheinlich nicht nur der Faszination der Technik und ihrer Möglichkeiten der Informationsbeschaffung geschuldet sind, wie auch der wieder verstärkt zu beobachtende Trend zu Ehe und bürgerlicher Kleinfamilie offensichtlich nicht nur Ergebnis des reaktionären neokonservativen Rollback der neunziger Jahre ist, sondern auch eine Flucht in vermeintlich verlässliche und beständige Beziehungsnetzwerke in Zeiten der Atomisierung sozialer Kommunikationsstrukturen. Vorerst bleibt allenfalls zu konstatieren, dass die gesundheitlichen, sozialen und psychosozialen Folgekosten des unbegrenzten Arbeitstages und des verallgemeinerten Arbeitszwanges enorm sein werden.

...Welche Rolle spielen in diesem Dramalett nun die DGB-Gewerkschaften? Ihre Isolierung ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie Regierung und Kapital sich der bisherigen „Sozialpartner“ entledigen, die sowohl in ihrer Funktion der Disziplinierung der LohnarbeiterInnen und der Kanalisierung von Kämpfen in den postfordistischen Produktionsnetzwerken überflüssig geworden sind, wie auch in ihrer Rolle als institutionelle



Gegenmacht der ArbeiterInnen ausgeschaltet werden sollen. Es ist wieder populär geworden, den Gewerkschaften die Rolle des sogenannten „Strukturkonservativen“ zuzuschreiben. Als notorische Bremsen entlarvt scheinen sie dem nationalen Schulterstoß entsagen zu wollen....

...Schaut mensch jedoch hinter die Kulissen dieses medial aufgeblasenen Popanz, so stellt sich der „vehemente“ Widerstand der Gewerkschaften nur als verschämtes Hervorkramen alter keynesianischer Notrationen garniert mit etwas Sozialstaatsglorifizierung und Arbeitsfetisch dar....

....Jegliche radikal-revolutionäre linke Strategie mit positiver Bezugnahme auf den Sozialstaat ist aber letztlich auf Sand gebaut. Primär dient nämlich der Sozialstaat der Organisation und Hierarchisierung gesellschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse. In der spezifischen Variante des deutschen Sozialstaats untergliedert sich dies noch mal auf zwei Ebenen: 1.) auf die Ebene der Sozialversicherung (Arbeitslosengeld, Lohnfortzahlung, Rente) und 2.) auf die Ebene der Fürsorge (Sozialhilfe). Diese Untergliederung befördert die Fixierung auf die Versicherungsleistungen: Vielen erscheint es als legitim, Versicherungsleistungen zu beziehen, während die, die von der Sozialhilfe leben als Sozialschmarotzer ausgegrenzt werden.

Dieses System hat gleichzeitig auch eine überwachende Funktion. Um Sozialleistungen zu beziehen muß mensch registriert sein, sei es als StaatsbürgerInn oder integrierbare/r MigrantInnen und seine bisherigen Arbeitsverhältnisse und Ausbildungen offen legen. SozialhilfeempfängerInnen können jederzeit dazu gezwungen werden, ihre Konten gegenüber dem Sozialamt offenzulegen, jede Reise, und sei es nur ein Verwandtenbesuch, muß beim Amt beantragt werden (Begründung: Der „Klient“ muß jederzeit dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen). Wer Leistungen bezieht und wer nicht, das unterliegt zwar formell gesetzlichen Regelungen und der Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt ist ein Grundrecht. Da dies aber in immer stärkerem Maße an Gegenleistungen geknüpft ist (vor allem die Verfügbarkeit für jede „zumutbare“ Arbeit“, aber auch die jederzeit überprüfbare Selbstverpflichtung zur „ökonomischen Haushaltsführung“) heißt das in der Konsequenz, dass HLU-BezieherInnen einen beträchtlichen Teil ihrer bürgerlichen Rechte samt der damit einhergehenden Souveränität der Lebensgestaltung an den Staat abtreten. Somit rundet der Sozialstaat auch das Projekt der Nation ab. Durch den Bezug sozialer Leistungen werden die Proletariserten zu Bürgern der Nation und gleichzeitig zur Schuld-knechtschaft verurteilt. Insofern bezieht sich jede Bewegung oder politische Organisation, die mit ihrer Kritik an den gegenwärtig zur Entscheidung stehenden Aushungerungs- und Zwangsarbeitsprogrammen an den Sozialstaat appelliert und seine Restauration fordert, auch positiv auf den

Das Ende der Bescheidenheit!

Mai-Steine 2005:

Aktionstage für sozialen Widerstand
Vom 23. April bis 1. Mai 2005

Infos: www.mai-steine.de

Nationalstaat und seine Disziplinargewalt.

Als Sahnehäubchen zu diesen Illusionen in das fordistische Sozialsystem, welches sich bei genauerer Betrachtung als integraler Bestandteil des kapitalistischen Kommandos in seiner nationalstaatlichen Verfasstheit entlarvt, servieren uns die Gewerkschafter - und linken SozialdemokratInnen - die endgültige Verheißung im Arbeitszwang. In ihrer Anbetung des Arbeitsfetisch erweisen sich die Gewerkschaften nur noch als Vertreter der Sektoren klassischer lebenslanger Lohnarbeit, die allerdings zunehmend zu einem privilegierten Ort geworden ist.

...Die Flucht vieler ArbeiterInnen in die Schwarzarbeit oder Scheinselbständigkeit zeigt in diesem Kontext auch wie sehr das klassische Normalarbeitsverhältnis, dem die Gewerkschaften hinterher trauern, diskreditiert ist.

Aber den Gewerkschaftsapparaten geht es auch gar nicht darum, die rot-grünen Reformbestrebungen als Ganzes in Frage zu stellen, sondern sie wollen lediglich mit ins Boot des produktivistischen Konsens geholt werden und den sozialen Frieden garantieren....

...Es sollte eigentlich anzunehmen sein, dass derart gravierende Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen wie sie momentan auf der politischen Tagesordnung stehen, zu angemessenen Formen der Gegenwehr führen. Und wenn mensch sich in Europa umblickt, ist festzustellen, dass das politische Klima in Ländern in denen ähnlich drastische Einschnitte, etwa ins Rentensystem, geplant sind, durchaus erhitzt ist, etwa in Österreich, wo der ÖGB, der bekanntermassen noch verkrusteter, institutionalisierter und sozialdemokratisch verformter ist als der deutsche Gewerkschaftsbund, den ersten Generalstreik seit Ende der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts organisiert hat, oder in Frankreich, wo nahezu alle Gewerkschaftsverbände, von der linken Basisgewerkschaft SUD über die KP-nahe CGT bis hin zu den sozialdemokratischen FO und CFDT massive Proteste mit starker Beteiligung auf die Beine bekommen und bereits zweimal in den letzten zwei Monaten mit eintägigen Generalstreiks einen Großteil des öffentlichen Lebens lahmgelegt haben. Ohne dabei Illusionen in die etatistische Nostalgie der bestehenden Gewerk-

Aktionskalender

Datum	Uhrzeit	Ort	Was?
Sa, 23.4.	12 h	U Frankfurter Tor, Fhain	Gehe einmal nicht in die LIDL-Filiale
Sa, 23.4.	16 h	Boxhagener Platz, Fhain	Auftaktaktion: Kundgebung gg. soz. Ausgrenzung mit kostenloser Essenstafel und Veranstaltungen
Mo, 25.4.	10 h	Arbeitsagentur Neukölln Sonnenallee 282	Montagsdemo im Rahmen d. Mai-Steine um 12 h: Auftaktkundgebung
Di, 26.4.	15 h	Innenhof Humboldt-Uni Unter den Linden 6	Baby, ich fahr pink! (Aktion zu Mobilität)
Mi, 27.4.	19 h	Raumerweiterungshalle Brunnenstr./Bernauer Str.	Veranstaltung: Prekär Arbeiten, prekär Leben
Mi, 27.4.	20.30 h	Potse, Potsdamerstr. 180	Kino mit Filmen "Quemada" und "Panthers"
Mi, 27.4.	15 h	Heinrichplatz, Kreuzberg	Stop Police Brutality! 1. MAI WARM-UP-JAM
Do, 28.4.	15 h	U Spittelmarkt	Gegen den perfekten Lebenslauf (zu Bildung)
Do, 28.4.	19.30 h	Drugstore, Potsdamerstr. 180	Infoveranstaltung "Was tun, wenn's brennt?"
Fr, 29.4.	14 h	AWO-Zentrale Berlin Blücherstr.	Kundgebung gegen Repressionspraxis der AWO
Fr, 29.4.	15 h	Vor Bundesinnenministerium Alt Moabit 1010	Antirassistischer Spaziergang
Sa, 30.4.	16 h	Boxhagener Platz, Fhain	Walpurgisnacht m. Bands: u.a. Knattertones, Harnleita
So, 1. 5.	18 h	Oranienplatz, Kreuzberg	Revolutionäre 1. Mai-Demonstration Achtet auf aktuelle Ankündigungen!

schaften zu hegen, kann immerhin gesagt werden, dass diese Streiks und Demonstrationen für sich genommen ein Gradmesser für das Maß an widerständigem Bewusstsein und politischem Bewegungspotential darstellen....

Reale Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse und Konsequenzen für Organisations- und Bewusstseinsformen und alltägliche gesellschaftliche Lebensäußerungen der Lohnabhängigen

Eine radikale Linke, deren Selbstverständnis immer noch einen Klassenbezug beinhaltet und die auf mehr aus ist, als nur auf sich selbst zu rekurrieren, sondern vielmehr, in welchem Maße auch immer, handlungsfähig bleiben (oder es wieder werden) will, sollte die hier skizzierten Entwicklungen in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse zunächst einmal anerkennen und sie zum Ausgangspunkt ihrer Theorie und Praxis machen. Sie sollte sich nicht in irgendwelchen nostalgischen Reminiszenzen an den Sozialstaat ergehen, auch wenn diese in noch so radikal formulierten Erscheinungsformen daher kommen. Wenn hier allerdings der Begriff Klassenbezug ins Feld geführt wird, so ist zuvorderst zu klären wie dieser Begriff überhaupt aufzufassen ist. Der orthodoxe

Marxismus war in der Regel geprägt von einem äußerst formalen Klassenbegriff, dem schon allein die Tatsache genügte, daß die Arbeitskraft der Individuen, durch das Kapital, ausgebeutet bzw. ihnen Mehrwert abgepresst wird. Dieses formale Verständnis verweist nicht oder kaum auf die Machtpotentiale die den ProduzentInnen inne wohnen. Um diesen Machtpotentiale nachzuspüren reicht es nicht aus, einfach den formalen Tatbestand der Ausbeutung zu konstatieren, sondern es ist vielmehr notwendig, sich auf die Ebene der Produktion zu begeben und zu untersuchen wie auf dieser Ebene die Klasse sich im Konkreten zusammensetzt....

...Um den Bezug zum Ausgangspunkt wieder aufzunehmen, muss festgestellt werden, dass jegliche linke theoretische wie praktische Kritik die postfordistische Klassenzusammensetzung als ihren Bezugspunkt aufnehmen sollte und sich nicht mit der formalen Erkenntnis begnügen darf, dass auch gegenwärtig die Ausbeutungsverhältnisse weiter Bestand haben. Noch viel weniger sollte sie bei irgendwelchen Vorstellungen verharren, die sich im industriellen Facharbeiter, o.ä., als dem zentralen geschichtlichen Subjekt, materialisieren und die realen Verschiebungen innerhalb der Klasse und ihrer Subjektivität ignorieren. Die These, die postfordistische Klassenzusammensetzung als

Fortsetzung „Arbeit total“ von Seite 3

Bezugspunkt anzuerkennen bleibt freilich abstrakt, wenn sie nicht einhergeht mit der konkreten Untersuchung der revolutionären Potentiale die sich in den neuen Arbeitsverhältnissen des gegenwärtigen Akkumulationsregimes äußern. Dabei müssen auch all diejenigen Vorstellungen hinterfragt werden, die in den jeweiligen Umstrukturierungsprozessen kapitalistischer Warenproduktion, die ArbeiterInnenklasse immer nur als Opfer ansahen. Vielmehr gilt es, die aktuellen Entwicklungen aus der Perspektive der sich neu konstituierenden Proletariat wahrzunehmen, welche neben dem allgemeinen Sachzwang der kapitalistischen Konkurrenz als Katalysator kapitalistischer Modernisierung wahrzunehmen wäre, als eine Reaktion, freilich eine konterrevolutionäre, auf die realen Bedürfnisse proletarischer Subjektivität. Mit anderen Worten: Jeder Neuformierungsprozess des kapitalistischen Kommandos birgt neben objektiven ökonomischen Entwicklungsgesetzen – und diese mitunter in ihrem Wirken beeinflussend – in sich die wirklichen ProduzentInnen als konstituierende Kraft. Möglicherweise wird mensch bei dieser Untersuchung zu dem Schluß kommen, daß traditionelle Praxisformen proletarischer Revolte sich mittlerweile überlebt haben und vor dem Hintergrund einer dezentralisierten und zeitlich wie territorial entgrenzten Produktion neu formieren müssen. Ein Patentrezept in dieser Hinsicht ist jedenfalls noch nicht ausgemacht....

Der Text wurde für die Druckausgabe gekürzt. Er erschien online in der Nr. 7/8-2003

www.trend.infopartisan.net/trd0903/t130903.html

Solidarität

mit „Florida-Rolf“!

Auszüge aus der 1. Fluchschrift des AK Sportlicher Kommunismus

Die Geschichte ist schnell erzählt. Rolf John, deutscher Staatsbürger, ist Sozialhilfeempfänger und hat Glück im Unglück: „Per Gerichtsurteil ist das niedersächsische Landessozialamt zur Wohngeldzahlung nach Florida verpflichtet worden. Allerdings mit Einschränkungen und unter Rücksicht auf eine Notlage des Empfängers. Das niedersächsische Landessozialamt muss einem in Florida lebenden psychisch kranken [euphemistische Formulierung für nichtverwertbares Menschenmaterial; Anm. AK] Deutschen vorerst 875 Dollar Miete für dessen Wohnung in Miami zahlen. [...] Dem Rentner, dem unstreitig Hilfe zum Lebensunterhalt zustehe, sei wegen seiner unheilbaren Depression nicht zuzumuten, zurück nach Deutschland zu ziehen.“ (Netzeitung 15.8.03) Dem nationalen Arbeitswahn entrinnen und unter Palmen statt schlechter deutscher Anti-Depressiva einzuwerfen, den einen oder anderen Cocktail (so viel Raum lässt die Stütze ja nun dummerweise auch nicht) zu schlürfen, können wir einiges abgewinnen!

So aber nicht der gemeine Nationalist, die BILD-Zeitung, auch nicht die Wochen-BILD für Abiturienten und aufwärts: *Der Spiegel* und selbstverständlich darf die politische Demokraten-Elite in der Diskussion nicht fehlen. Sie blasen vereint zur Hetzjagd gegen diejenigen, die sich den wichtigsten drei nationalen Vorgaben, „Schnell den Gürtel enger - für die Nation! Verzichte und gehorche - für die Nation! Hasse die, die davon abwei-

chen und an einem schönen Leben festhalten!“ widersetzen.

....Ist der Einzelne erst einmal so weit, diesen unmittelbaren Schaden durch die Herrschaft gar nicht mehr wahrzunehmen, sondern bedingungslos zu affirmieren, seine eigenen Interessen mit denen des nationalen Kollektivs zu identifizieren, dann liegt der nächste Schluss nahe: Diejenigen, die sich dem ganzen nationalen Taumel verweigern, sind Volksschädlinge und müssen sanktioniert werden.

....Die herrschenden Demokraten nehmen solche Einstellungen ihrer Untertanen natürlich mit Freude auf, reproduzieren sie gar, falls sie nicht sowieso schon so weit waren. Sie haben es zwar nicht nötig, sich solch plumpem Ressentiment hinzugeben, denn sie haben genug, um in diesen Verhältnissen klarzukommen. Andererseits sind sie es ja gerade, denen das Wohl der Nation so am Herzen liegt, also muss an Beispielen wie dem von Rolf John aufgezeigt werden, dass so ein Verhalten nicht erwünscht ist und Nachmachen schädlich ist.

....Egal, wie man den Sozialstaat bestimmt, ob historisch oder logisch, eines kann festgestellt werden: Ein schönes Leben für die „Begünstigten“ sollte er nie gewährleisten. Er hatte immer repressiven Charakter.

....Was offenbar fast niemanden mehr hinter dem Ofen hervorlockt, ist die Tatsache, **dass so ein**

Sozialstaat überhaupt existiert. Die Frage anders gestellt: **Was ist das eigentlich für eine komische Gesellschaft, in der Menschen täglich gucken müssen, dass sie nicht unter die Räder kommen?**

...statt Palmen und dem Strand von Miami. denn die Ulla Schmidt will mit ihrer vorgestellten Reform der Sozialhilfe im Ausland solche Situationen wie die von Rolf John zukünftig unterbinden. Und so wird es wohl noch eine Weile dauern, bis wir die Palmen von Miami begutachten können. Stattdessen bleibt ein Äquivalent z.B. im Nordosten Deutschlands, wo es zwar nicht immer schönes Wetter gibt, neonazistische Kahlköpfe den einen oder anderen Strand unsicher machen und die Cocktails zu teuer sind. Immerhin können wir vielleicht beim Wellenrauschen der Ostsee von dem Ende des oben beschriebenen Wahnsinns träumen.

Der Artikel erschien online in der Nr.9-2003

Wir empfehlen als Ergänzung

Existenzgeld

B.O.N.E. meint dazu

"Hurra wir verblöden, für uns bezahlt der Staat!!"

www.trend.infopartisan.net/trd0399/ak040399.html

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0602/190602.html>

»Un syndicalisme différent«

Werner Imhof zu den Sud-Gewerkschaften in Frankreich

Im Frühjahr 2000 und 2001 nahm ich zusammen mit mehreren gewerkschaftlich und politisch Interessierten an zwei einwöchigen Bildungsurlauben in Frankreich teil. In Gesprächen mit verschiedenen Sud-Gewerkschaften (Sud Education, Sud Rail, Sud Ptt, Sud Chimie), der Gewerkschaftsunion Groupe des 10 Solidaires, der Arbeitslosenbewegung AC!, den Sans papiers, der Bauern«gewerkschaft« Confédération paysanne und Vertretern der »extremen Linken« (gauche extrême) suchten wir uns ein Bild der aktuellen »sozialen Bewegungen« zu machen.

In einem solchen Bild stechen natürlich besonders die Unterschiede zu den deutschen Verhältnissen hervor, weniger die Gemeinsamkeiten, obwohl sie unübersehbar sind. Wenn die häufigste Losung der 1.-Mai-Demonstration in Paris die der CGT nach »Vollbeschäftigung« ist, fühlt man sich (fast) in eine DGB-Kundgebung mit der Forderung nach »Arbeit, Arbeit, Arbeit« versetzt. Und die Losungen der Trotzlisten von LO (Lutte Ouvrière) und LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire), wie »Aufteilung der Reichtümer« und »Keine Entlassungen in Betrieben, die Gewinne machen«, könnten in ihrer reformistischen Platttheit auch von der DKP oder der MLPD stammen. Doch da enden die Gemeinsamkeiten auch schon wieder. Denn in Frankreich sind solche Losungen oberflächliche und rückständige Ausdrücke einer verbreiteten Stimmung in der lohnabhängigen Bevölkerung, einem Bedürfnis nach gesellschaftlicher Solidarität, das sich der Logik des »Neoliberalismus« – und tendenziell der Kapitallogik überhaupt – verweigert. Diese Stimmung ist es, die sich in der Streikbewegung vom Dezember 95 ausgedrückt und ihr breite Sympathie eingetragen hat, die die verschiedensten »gesell-

schaftlichen Bewegungen« (wie sie sich selbst nennen) verbindet und die sich zu einer regelrechten »Krise der Repräsentation« ausgewachsen hat, einer Krise der parlamentarischen und bürokratischen (auch gewerkschaftlichen) Vertretungsstrukturen, die sich unter anderem ausdrückt in stark vermehrter Wahlenthaltung (die offiziellen Wahlergebnisse unterschlagen dabei regelmäßig die wachsende Zahl derer, die sich gar nicht erst in die Wählerlisten eintragen) und in millionenfachen Proteststimmen für die extreme Linke. Diese trotzkistische Linke, das »Waisenkind des Stalinismus«, spielt jedoch alles andere als die Rolle einer »revolutionären Avantgarde«. Obwohl sie ständig die Unreformierbarkeit des »Systems« betont, betreibt sie nichts anderes als populistischen Reformismus und berauscht sich an ihren Stimmengewinnen auf Kosten der PCF. Im Frühsommer dieses Jahres erlebte sie eine Blamage besonderer Art. Ihre Forderung nach einem Entlassungsverbot für profitable Betriebe impliziert die Hinnahme von Entlassungen in nicht-profitablen Betrieben; Arbeit, die keinen Profit abwirft, ist demnach (unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Funktion) nicht verteidigungswert.

Die Belegschaften der verlustbringenden französischen Filialen von Marks & Spencer zeigten weniger Verständnis für das Kapital. Sie verbündeten sich mit mehreren anderen von Schließung und Entlassung bedrohten Belegschaften und organisierten gemeinsam eine Großdemonstration gegen das internationale Kapital.

Wenn es so etwas wie eine Avantgarde der sozialen Bewegung(en) in Frankreich gibt, dann nicht unter den politischen Organisationen und Sekten, sondern in der Gewerkschaftsbewegung, nämlich in Gestalt der Sud-Gewerkschaften. Die erste von ihnen, Sud Ptt, entstand schon im Dezember 1988 nach dem Ausschluß von mehr als 300 Aktivisten der CFDT wegen Teilnahme an einem Postfahrerstreik. Sie schien zunächst ein Einzelfall zu bleiben. 1989 schloß sie sich der »Gruppe der 10« (Groupe des 10;) an, einem Verband »nicht-föderierter« Gewerkschaften, die 1947 bei der Abspaltung der FO von der CGT ihre politische Unabhängigkeit bewahren wollten. Die »Gruppe der 10« galt nur deshalb als besonders links, weil sich die großen Gewerkschaften CGT und CFDT während der Mitterand-Ära zu Hilfstruppen der Regierung entwickelt hatten. Erst nach dem Dezember '95 kam es – in Verbindung mit Massenausritten aus der CFDT – zu einer Reihe weiterer Sud-Gründungen, vor allem in den öffentlichen Diensten, dann aber auch in der Privatwirtschaft, an den Universitäten (Sud étudiants), in überseeischen Départements und in der französischsprachigen Schweiz. In Deutschland wurden diese neuen Organisationen, wenn überhaupt, als Fortsetzung der bekannt militanten französischen Gewerkschaftstradition registriert. Zur internationalen TIE-Konferenz 1997 in Frankfurt waren z.B. Sud-Vertreter eingeladen, um über ihre Arbeit als Beispiel für eine erfolgreiche organisatorische Neugründung zu berichten. Dass die Sud-Gewerkschaften mehr sein könnten als eine bloß kämpferische Variante des traditionellen Gewerkschaftswesens, kam niemandem in den Sinn, auch mir nicht. Meine Erwartungen waren denn auch nicht besonders hochgesteckt, geprägt eigentlich nur durch den programmatischen Namen: solidaire(s), unitaire(s), démocratique(s) – solidarisch, einheitlich, demokratisch. (In der Schreibweise folge ich der der Sud-Gewerkschaften selbst, deren Logo übrigens bewusst dem Schriftzug der Solidarnosc nachempfunden ist.) Ich erwartete also einen betont basisorientierten, egalitären, antibürokratischen, ansonsten aber hergebrachten Gewerkschaftstyp.

Zu (nicht nur) meiner großen Überraschung jedoch präsentierten sich die Sud-Gewerkschaften als Interessenverbände von Lohnabhängigen, die sich nicht auf ihre Rolle als Lohnabhängige reduzieren (lassen) oder zurückziehen, sondern die sich als gesellschaftliche Produzenten begreifen, als Produzenten, die sich dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit, den Bedürfnissen ihrer Konsumenten oder Nutzer verpflichtet fühlen. Nicht im Sinne einer »Kundenorientierung«, die nur an zahlungsfähigen Käufern interessiert ist, sondern im Sinne des Nutzens für eine größtmögliche Zahl von Menschen, gerade auch der ärmsten und bedürftigsten, im Interesse ihrer individuellen Entwicklung und sozialen Gleichachtung.

Sud Education versteht sich denn auch nicht als »Lehrergewerkschaft«, sondern als Organisation von Bildungsarbeitern, vom Hausmeister bis zum Professor, von der Vorschule bis zur Universität. Sie verteidigt das einheitliche, weltliche und kostenlose Schulsystem gegen die drohende Unterwerfung unter wirtschaftliche Interessen und Konkurrenzzwänge (»Nein zur neoliberalen Schule«, »Bildung ist keine Ware«) und vertritt ein



Weitere TREND-Artikel zum Thema „Klassenkämpfe in Frankreich“

Die Erfahrungen der Pariser Solikomitees
www.trend.infopartisan.net/trd1104/t041104.html
 Nachgeben oder Arbeitsplätze weg?
www.trend.infopartisan.net/trd0904/t370904.html
 La Belle chienlit
www.trend.infopartisan.net/trd0503/t370503.html
 SUD und Solidaires
www.trend.infopartisan.net/trd0603/t020603.html

emanzipatorisches Bildungskonzept, auch gegen die Tradition des »rigiden, zentralistischen Jakobinismus«. Sud Rail tritt ein für den Ausbau eines gemischten öffentlichen Verkehrssystems und strebt eine gewerkschaftliche Föderation des gesamten Transportsektors an, von Taxi- und Lkw-Fahrern über Bus- und Bahnpersonal bis zu den Piloten. Aktuell kämpft sie gegen die Aufspaltung der Bahn als Vorbereitung für die Privatisierung ihrer profitablen Teilbereiche. Sie propagiert die Zusammenarbeit mit Konsumentenassoziationen und hat Ansätze gemeinsamer Organisation von Produzenten und Nutzern entwickelt. Sud Chimie attackiert – unter Losungen wie »Gesundheit ist keine Ware« oder »Nützlich produzieren im Dienste der Menschen« – die »Profitlogik« der Pharmakonzerne. Sie führt zur Zeit eine Kampagne gegen die Stilllegungspläne in der Pharmaindustrie und für die Entwicklung und Produktion von Medikamenten vor allem für den Bedarf in den armen Ländern (gegen HIV u.ä.; siehe <http://www.labournet.de/internationales/fr/www.lapetition.com>).

Exemplarisch ist die Geschichte von Sud Ptt, Vorbild und Mentor aller weiteren Sud-Gewerkschaften. Kaum gegründet, sah sie sich mit einer »Postreform« konfrontiert, die die Umwandlung der staatlichen Gesellschaft, einer wenig nutzerfreundlichen Art Behörde mit Monopolpreisen, in zwei rein kommerzielle Dienstleistungsunternehmen – La Poste und France Télécom – zum Inhalt hatte und die spätere Privatisierung vorbereiten sollte. Während die CFDT die Reform als fällige Modernisierung begrüßte, gefiel sich die CGT in einer rein defensiven Strategie der Verweigerung und Besitzstandswahrung.

Beide Positionen markieren die Grenzen, innerhalb derer sich herkömmliche Gewerkschaftspolitik bewegt, als Auseinandersetzung zwischen »Modernisierern« und »Traditionalisten«. Für Sud Ptt bedrohten beide Positionen die Zukunft des öffentlichen Dienstes – die der CFDT, weil sie unter dem Vorwand der Modernisierung und Kundenorientierung seine Verwandlung in ein Anlagefeld des privaten Kapitals betrieb; die der CGT, weil sie ein bürokratisches Staatsmonopol mit all seinen Missständen verteidigte. Sud Ptt argumentierte: Die öffentlichen Dienste, wie Post und Telekommunikation, aber auch Bildungs- und Gesundheitswesen, öffentliche Verkehrsmittel, Energieversorgung u.a.m., sind zivilisatorische Erregenschaften, die allen Gesellschaftsmitgliedern zur Verfügung stehen müssen. Diese Aufgabe verbietet es, sie den Rentabilitätsgesetzen des Marktes zu unterwerfen, die Dienstleistung zur

profitablen Ware zu machen und ihre Nutzer auf die zahlungs kräftig(st)en Kunden zu reduzieren. Sie verbietet es aber auch, die öffentlichen Dienste so zu verteidigen, wie sie sind. Um sie zu verteidigen, muss man sie erneuern und beleben – nicht durch ihre Kommerzialisierung und Privatisierung, sondern durch das Bündnis von Beschäftigten und Nutzern. Auf dieser Linie führte die Sud Ptt die inhaltliche Auseinandersetzung mit allen Argumenten der Reformbefürworter, organisierte Diskussionen zwischen Beschäftigten und Nutzern, mobilisierte in den verschiedenen Streikbewegungen. Sie war damit – wie auch mit ihrer absoluten Verpflichtung auf basisdemokratische Entscheidungen (z.B. in täglichen Streikvollversammlungen) und mit ihrer unermüdlichen Informationsarbeit – so erfolgreich, dass sie innerhalb von zehn Jahren bei der Post zur zweitstärksten Gewerkschaft nach der CGT aufstieg und bei der Telekom mit dieser sogar gleichzog.

Die Orientierung der Sud-Gewerkschaften auf den gesellschaftlichen Bedarf und den Nutzen ihrer Arbeit ist ebenso schlicht und einleuchtend wie ungewöhnlich. Im traditionellen Selbstverständnis sind Gewerkschaften ausschließlich Interessenverbände von Lohnabhängigen, die mit den (privaten oder staatlichen) Unternehmen um Preis und Nutzungsbedingungen der Arbeitskraft ringen (»Schutzfunktion«). Die jeweilige gesellschaftliche Rolle der Lohnarbeit liegt (abgesehen von der allgemeinen Bestimmung, »werteschaffende Tätigkeit« zu sein) außerhalb dieses Horizonts.

Die Beziehung zu den Nutzern, seien sie Verbraucher oder selbst Produzenten, gilt allein als Sache der Unternehmen, gegebenenfalls noch staatlicher Auflagen und Aufsicht, soweit Interessen der Allgemeinheit berührt sind. Die konkrete Arbeit interessiert nur als Gegenstand der Betriebsorganisation und der Lohndifferenzierung; ansonsten liefert sie die Abgrenzungskriterien der Gewerkschaften untereinander. Der traditionelle Syndikalismus betrachtet das Kapitalverhältnis als seine Existenzbedingung und die Gesellschaft als etwas ihm Äußerliches, als abstrakt-übergeordneten Zusammenhang, »in dem« man halt lebt. Er stellt Ansprüche an die Gesellschaft, repräsentiert durch den Staat, aber er denkt nicht daran, im Namen der Gesellschaft Ansprüche an die eigene Arbeit zu stellen. Der Typ Syndikalismus, den die Sud-Gewerkschaften repräsentieren, betrachtet umgekehrt die Gesellschaft als praktischen Zusammenhang der Menschen, in dem die Lohnabhängigen nicht nur Objekte, sondern zugleich tätige Subjekte, gesellschaftliche Produzenten sind und in dieser Eigenschaft das Kapitalverhältnis und die es schützende Politik als Hindernis, als »Ballast« (Gramsci) erleben.

Der Text erschien online
in der Nr. 6-2002

<http://www.trend.infopartisan.net/trd1102/t221102.html>

Die bewaffnete Globalisierung

Der „sicherheitsmilitärische Komplex“ und der neue Imperialismus von Claude Serfati

Gab es eine Welt vor dem 11.September? Manche meinen, die USA hätten erst nach diesem Tag beschlossen, militärisch in der Welt zu intervenieren. Es ist deshalb nützlich, daran zu erinnern, dass es im Verlauf der 1990er Jahre mehr militärische Interventionen der US-amerikanischen Armee gegeben hat als in der Periode 1945–90 (so eine Studie des amerikanischen Kongresses; vor dem 11.September standen 60000 US-Soldaten in rund 100 Ländern).

Dennoch kann man nicht bestreiten, dass das Programm der Regierung Bush die Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts bedeutend verstärkt. Ihr Ziel ist die Konsolidierung der Stellung der USA als einzige Supermacht mit einer hegemonialen Position, die ihresgleichen in den letzten zweihundert Jahren kapitalistischer Entwicklung nicht gekannt hat. Die Beschleunigung wird zunächst an der bedeutenden Erhöhung des Militärhaushalts sichtbar; die setzte bereits unter Clinton ein, der im Kongress für den Zeitraum 1999–2003 eine Erhöhung um 112 Mrd. Dollar durchsetzte. Bush schwebt jetzt eine neue Größenordnung vor. Der Etat für „nationale Sicherheit“ (Verteidigung, Spionage...) betrug im letzten Jahr (beschlossen vor dem 11.September) 304 Milliarden Dollar, in diesem Jahr 351 Milliarden und im nächsten Jahr 396 Milliarden Dollar. Im Jahr 2007 soll er 470 Milliarden Dollar erreichen. Diese Ausgaben dienen der Finanzierung gigantischer Rüstungsprogramme und begünstigen vor allem einige Großkonzerne (Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, General Dynamics, Northrop Grumman), die etwa die Hälfte der Pentagonaufträge bekommen. Diese Konzerne sind aus einer Konzentrationswelle hervorgegangen, die 1993 begann und die vom Finanzkapital und den Pensionsfonds, aber auch von Marktanalytikern und Investmentbankern gefördert wurde; sie haben die groben Linien der Restrukturierung dieser Industrie vorgezeichnet und dabei beträchtliche Provisionen eingestrichen. In der Rüstungsbranche wie in anderen Sektoren läuft der Anstieg des „shareholder value“ über die Senkung der Lohnkosten und die Steigerung des Absatzes — also über die Erhöhung der Aufträge aus dem Pentagon und die Steigerung der Waffenexporte. Das Ergebnis: während der S&P-Index der 500 bedeutendsten Aktienwerte an der Wallstreet zwischen dem 11.September 2001 und Ende August 2002 um 20% gesunken ist, ist der Aktienwert der großen Rüstungskonzerne um 10% gestiegen.

Ein neuer Sicherheitskomplex

Die großen Rüstungskonzerne können mit der Situation, die seit dem 11.September geschaffen wurde, noch aus einem anderen Grund zufrieden sein: Die Einrichtung eines Amtes für Nationale Sicherheit (das übrigens schon vor Jahren vorgeschlagen worden war), fordert Beiträge von allen Ministerien, Bundesstaaten, Städten und Unternehmen. Der „Sicherheitsmarkt“ ist für die Rüstungsindustrie sehr vielversprechend. Denn diese sind in der Tat gut gerüstet, um die Technologien zu entwickeln, die einer höheren Sicherheit des Datenaustausches in den Bereichen Verkehr und Telekommunikation dienen. Ein Großteil davon ist im militärischen Bereich schon vorhanden und kann leicht an die „zivilen“ Sicherheitsmärkte angepasst werden. Außerdem haben der Kongress und die Bundesstaaten damit begonnen, die Sicherheitsbestimmungen erheblich zu verschärfen,

was diese Konzerne wegen ihrer engen Beziehungen zur und ihrer Kumpanei mit der politischen Führung im Land in eine besonders vorteilhafte Lage bringt. Somit bilden die Rüstungskonzerne das Rückgrat des „militärischen und Sicherheitskomplexes“, der sich zu Beginn dieses Jahrhunderts in den USA herausgebildet hat. Der nordamerikanische militärische und Sicherheitskomplex muss auch neue Waffensysteme entwickeln. Vor dem Hintergrund, dass die Globalisierung des Kapitals die sozialen Verheerungen beschleunigt, nimmt die Vorbereitung auf „Städteklriege“ (so ein Ausdruck der Experten im Pentagon), die von Soldaten mit modernsten Hightechwaffen im Gefolge von Aktionen der Luftwaffe geführt werden, einen wichtigen Platz im Militärhaushalt ein. Es geht darum, Kriege gegen die Bevölkerungen in den riesigen städtischen Zentren des Südens, eventuell auch gegen „gefährliche Klassen“ in den Städten des Nordens führen zu können.

Kriegswirtschaft und Finanzmärkte

Die Globalisierung des Kapitals und die Militarisierung des Erdballs stehen in einem engen Zusammenhang. Im Gegensatz zum neoliberalen Diskurs ist die Globalisierung nicht das höchste Stadium des Friedens. In beiden Prozessen nehmen die USA eine zentrale Stellung ein. Die beschleunigte Militarisierung der USA dient mehreren Zielen. Sie sichert die Herrschaft des US-Imperialismus über potenzielle, wirkliche und eingebildete Feinde. Sie schafft einen Vorsprung gegenüber den Alliierten, die nicht in der Lage sind, so teure Rüstungsvorhaben wie das Raketenabwehrprogramm (geschätzte Kosten: über 50 Millionen Dollar) oder das Kampfflugzeug FX-35 (geschätzte Stückkosten: 100 Millionen Dollar) zu finanzieren. Außerdem signalisiert die Kriminalisierung des sozialen Widerstands, einhergehend mit einer starken Einschränkung der demokratischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten seit dem 11.September, dass alle, die die kapitalistische Globalisierung kritisieren, potenzielle Feinde und militärisch in Schach zu halten sind. Außerdem bedient sie die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes und erlaubt ihm, dank des Aufschwungs der Sicherheitsindustrie, seinen Einfluss auf zivile Bereiche auszudehnen. Die Kriegswirtschaft, wie sie sich in den Plänen der Bush-Administration niederschlägt, entwickelt sich heute in einem ganz anderen Zusammenhang als in den Nachkriegsjahrzehnten. Makroökonomisch (starkes Wirtschaftswachstum und soziale Errungenschaften in den Industrieländern) wie geopolitisch (Aufteilung der Welt zwischen den USA und der UdSSR) war die Lage eine völlig andere. Seit dem Ende der 70er Jahre hat das Finanzkapital erneut eine beherrschende Stellung angenommen. Die Finanzmärkte sind in den 80er und 90er Jahren zu zentralen Institutionen des Kapitalismus geworden. Sie haben dem Kapital erlaubt, seine Position gegenüber der Arbeiterklasse zu stärken, und haben der Bourgeoisie wie

auch den Rentiers eine gewaltige Bereicherung beschert. Doch weder die beträchtliche Steigerung der Ausbeutungsrate noch die Öffnung neuer Märkte in Russland und Osteuropa haben dem Kapitalismus einen neuen Frühling beschert. Weltweit hat die Expansion des Kapitals und der Eigentumsverhältnisse, auf die es sich gründet, in den letzten zwei Jahrzehnten keine dauerhafte und nennenswerte Steigerung der Akkumulationsrate des Kapitals bewirken können. Die Vorherrschaft des Finanzkapitals ist zugleich eine Folge und ein wichtiger Bestandteil dieser Sachlage. Der Fortschritt des Finanzkapitals beruht auf der Notwendigkeit, die Gewinne aus seinen Finanzaktiva in kürzester Zeit einzustreichen. Gleichzeitig verstärkt seine Art zu funktionieren die räuberischen Aspekte des Kapitalismus. „Nach mir die Sintflut! Das ist die Devise aller Kapitalisten und jeder kapitalistischen Nation.“ Marx' Feststellung gewinnt heute eine besondere Aktualität. Man betrachte nur die Bilanz der Privatisierungen/Liquidierungen und der Deregulierungsmaßnahmen, die das Finanzkapital auf der ganzen Welt organisiert hat. Afrika, Südasien, Lateinamerika sind alle in diesen Strudel geraten. Die „Kriegswirtschaft“ und der mit ihr zusammenhängende „endlose Krieg“ sind Teil des Funktionierens und der „Meinungsbildung“ auf den Finanzmärkten. Nordamerikanische Finanzanalytiker sehen einen neuen Börsenboom voraus, wenn es nach Ankündigung eines Krieges gegen den Irak zu „emotionsbedingtem“ Aufkäufen von Rüstungsaktien kommt. Diese Emotionen stützen sich selbstverständlich auf das greifbarere Versprechen, die Kontrolle über die irakischen Erdölvorräte zu erlangen, ein Ziel, das US-Vizepräsident Cheney schon gar nicht mehr verheimlicht. Die Räuberwirtschaft beschränkt sich nicht mehr auf bestimmte Länder Afrikas, wo Kriege bewaffnete Banden in einer Art „Destruktionsweise“ (im Gegensatz zu Produktionsweise) am Leben halten. Die immer zahlreicher werdenden Interventionen der USA und der NATO zerstören die Infrastruktur an Produktion und solche, die für das Überleben der ansässigen Bevölkerungen wichtig sind. Sie vergrößern natürlich das soziale Elend; aber vor dem Hintergrund der Instabilität und der Unsicherheit, die die kapitalistische Ökonomie seit zwanzig Jahren auszeichnet, öffnen sie nur beschränkte Investitionsmöglichkeiten. Im Gegenzug nähren sie die Haushalte der Militär- und Sicherheitspolitik und verlängern die Vorherrschaft des Finanzkapitals.

Imperialismus und Krieg

In der ersten Hälfte des 20.Jahrhunderts hat die Rivalität zwischen den imperialistischen Mächten die Menschheit in den Abgrund zweier Weltkriege gestürzt. Auch heute kann das große Ausmaß der Gegensätze zwischen den großen kapitalistischen Industrieländern nicht geleugnet werden. Aber der Abstand zwischen der militärischen Macht der USA und der der anderen „entwickelten“ Staaten verhindert, neben anderen Faktoren, dass wirtschaftliche und Handelskonflikte zwischen beiden Seiten des Atlantik in eine militärische Konfrontation umschlagen. Das macht den Imperialismus des beginnenden 21.Jahrhunderts deswegen nicht friedfertiger, wie man an der Zunahme der Kriege und bewaffneten Interventionen der USA und der EU sehen kann. Der Begriff Imperialismus ist in radikalen und selbst marxistischen Kreisen nicht mehr wohl gelitten. Sie ziehen oftmals den Begriff „Empire“ vor, den sie zu meist auf die USA beschränken. Hingegen tauchte der Begriff nach dem 11.September verstärkt in der Finanzpresse auf und wurde sogar von Cooper, dem außenpolitischen Berater von Tony Blair, „theoretisiert“. Demnach ist militärische Intervention erforderlich; ihr muss in den Ländern,

die im Chaos versunken sind, die Einrichtung einer Vormundschaft (Protektorat) folgen. Diese Formen von Neokolonialismus müssen unter der Ägide der „internationalen Gemeinschaft“ organisiert werden, also der Länder, die die Welt beherrschen sowie der internationalen Organisationen (IWF, WB, NATO), deren Programme sie festlegen. Die USA haben weder die Absicht noch die Möglichkeit, das weltweite Chaos allein zu verwalten. Die Zerstückelung Argentiniens war nicht das Werk des „US-Imperiums“, sondern ein Gemeinschaftswerk des Finanzkapitals der USA und der EU. Die Vorbehalte der EU gegen den „Unilateralismus“ der USA resultieren nicht aus einer grundsätzlichen Differenz über die kapitalistische Globalisierung. Sie zeugen lediglich von der Furcht, bei der Führung der „Weltgeschäfte“ ein wenig an den Rand gedrängt zu werden und — kurzfristig — zusehen zu müssen, dass die irakische Kriegsbeute „einseitig“ aufgeteilt wird. Daher auch die Steigerung der Rüstungsetats in den großen EU-Ländern.

Der Artikel erschien online in der Nr. 11-2002

Als ergänzenden Artikel empfehlen wir



<http://www.trend.infopartisan.net/trd0305/t330305.html>

Die Internationalisierung des Staates

Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie

von Joachim Hirsch

Ein entscheidendes Merkmal der im Zuge der neoliberalen Globalisierungsoffensive durchgesetzten Umstrukturierung der Staaten und des Staatensystems liegt in einer Internationalisierung der Staatsapparate selbst, die sich mit einer räumlich-sozialen Diversifizierung staatlicher Ebenen und Funktionen verbindet. Diese Entwicklung weist mehrere Dimensionen auf:

Erstens folgt aus der neoliberalen Globalisierungsstrategie und den damit verbundenen Deregulierungs- und Privatisierungsprozessen eine verstärkte Abhängigkeit der einzelnen Staatsapparate von den internationalen Kapital- und Finanzmärkten, eine Entwicklung, die sich in der besonderen Struktur des auf eine Politik der Standortoptimierung ausgerichteten „nationalen Wettbewerbsstaats“ ausdrückt (Hirsch, 1995, 1998). Das heißt, Kapital- und Finanzmärkte und deren zentrale Akteure (vor allem die „starken“ Staaten und die internationalen Unternehmen) bestimmen mittels der Wirksamkeit ökonomischer Mechanismen in einer quasi „entpolitisierten Weise“ und relativ unabhängig von formalisierten politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen wesentliche Inhalte einzelstaatlicher Politik. Der Grad dieser Abhängigkeit ist allerdings bei „starken“ und „schwachen“ Staaten erheblich verschieden. Institutionell drückt sich dies in Verschiebungen in der Konfiguration der Staatsapparate und in ihrem Verhältnis zueinander aus. Diese äußern sich nicht zuletzt im wachsenden Gewicht der Finanzministerien und der gegenüber demokratischen politischen Entscheidungsprozessen weitgehend „autonomisierten“ Zentralbanken, die beide eine besonders enge Verbindung mit den Interessen des internationalen (Finanz-) Kapitals aufweisen und in gewisser Weise wenn nicht als Transmissionsriemen, so doch quasi als Vermittlungsinstanzen zwischen internationalen Kapitalbewegungen und einzel-

staatlicher Politik fungieren. Diese Form der „Internationalisierung“ der einzelnen Staatsapparate ist Ausdruck und Folge einer mit der neoliberalen Restrukturierung verbundenen Veränderungen der staatlich vermittelten Klassenbeziehungen in Gestalt einer relativen Schwächung der „massenintegrativen“, breitere Bevölkerungsinteressen vermittelnden Instanzen innerhalb des staatsapparativen Systems (etwa Sozialministerien, Parteien, sozialpartnerschaftlich-korporative Strukturen, vgl. dazu vor allem Baker 1999 sowie Lukauskas 1999)).

Zweitens wächst mit der zunehmenden Notwendigkeit einer gewissen politischen Regulierung des globalen Akkumulationsprozesses und seiner Folgen nicht nur die Bedeutung internationaler Organisationen, sondern vor allem die der eher informellen „Regimes“, Kooperationszusammenhänge und Netzwerke, in denen „private“ Akteure wir multinationalale Unternehmungen und Nichtregierungsorganisationen eine wesentliche Rolle spielen. Diese werden von den Staaten zwar organisiert und getragen, entwickeln aber eigene Zwänge und Dynamiken, die stark auf die Einzelstaaten zurückwirken (Hein 1998).

Drittens zeichnet sich eine zunehmende Relevanz der lokal-regionalen politischen Ebene ab, die in einigen Fällen zu quer zu den Staatsgrenzen liegenden und diese überschreitenden Regulationszusammenhängen führt.

Der „integrale“ Staat als auf einen umgrenzten territorial-gesellschaftlichen Raum bezogener und mit zentralisierten Macht- und Entscheidungskompetenzen ausgestatteter Apparat scheint damit, obzwar keinesfalls in Auflösung begriffen, so doch erheblichen Neukonfigurations-, Desintegrations- und Fragmentierungstendenzen zu unterliegen. Gleichzeitig verschieben sich aber als Folge des

Leseauszug

sich globalisierenden Akkumulationsprozesses mit seinen - nicht zuletzt ökologischen - Folgen wesentliche Interessenartikulations-, Entscheidungs- und Legitimationsprozesse auf die sub- und supranationale Ebene. Auf ihr Gewaltmonopol gestützt, sind die Staaten allerdings immer noch die entscheidenden Garanten der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts. Sie sind nach wie vor Zentrum der Regulation von Klassenbeziehungen und ihnen obliegt immer noch im wesentlichen die Bereitstellung allgemeiner Produktionsbedingungen (Infrastruktur, Forschung, Technologie usw.) (Vgl. dazu Sassen 1996, Boyer/Hollingsworth 1997, Hirst/Thompson 1997)). Die Frage, inwieweit private Unternehmen zu Zukunft etwa im Bereich von Bildung, Infrastrukturentwicklung oder Sicherheit noch stärker auch solche Funktionen übernehmen könnten, bleibt hier ausgeklammert. Tendenzen zu einer derartigen Form der „Re-Feudalisierung“ gibt es im Zuge der neoliberalen Privatisierungstendenzen durchaus, aber es ist kaum anzunehmen, dass die Staaten dadurch einfach ersetzt werden könnten. Die im Kern immer noch einzelstaatliche Regulation konfliktreicher Sozial- und Klassenbeziehungen garantiert nicht zuletzt, dass der Weltmarkt ein komplex nationaler „Standorte“ mit höchst ungleichen Produktions- und Verwertungsbedingungen bleibt, was nach wie vor eine entscheidende Grundlage des globalen Akkumulations- und Verwertungsprozesses darstellt.

Der Artikel erschien online in der Nr. 03-2005

Weitere Texte zum Thema:

Imperialismus oder Empires

www.trend.infopartisan.net/trd0902/450902.html

Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus?

www.trend.infopartisan.net/trd0200/t060200.html

Gibt es heute einen europäischen Imperialismus?

www.trend.infopartisan.net/trd0405/t150405.html

Über die Grundlagen unserer Veröffentlichungspraxis

Stellungnahme der Redaktion

1) Wir gehen davon aus, dass der Kommunismus nur durch das bewußte Handeln der assoziierten ProduzentInnen zu erlangen ist. Dies setzt die Kenntnis der aufzuhebenden Gesetzmäßigkeiten des waren- und geldförmigen Kapitalismus durch eben diese ProduzentInnen und eine positive Bestimmung des Verhältnisses von sozialer und individueller Emanzipation voraus.

2) Jene Emanzipation kann sich nur unter den historischen Bedingungen vollziehen, wie sie die handelnden Subjekte selber vorfinden. Die fortschreitende Wertvergesellschaftung zerbrach nicht nur den nationalstaatlich verfassten Sozialismus, sondern lässt mit dem gleichen rasanten Tempo die kapitalistischen Staaten erodieren. Nation und Volk existieren in den spätkapitalistischen Metropolen nur noch als imaginierte Begriffe, deren Begriffsinhalte höchstens noch gesellschaftliche Verhältnisse des 19. und 20. Jahrhunderts widerspiegeln. Mit ihnen ist es nicht mehr möglich, die Verhältnisse des 21. Jahrhunderts, die „zum Tanzen gebracht“ werden sollen, zu begreifen. So werden konzeptionelle Überlegungen, die für das politische Handeln der ArbeiterInnenbewegung bisher bestimmend waren, zu Auslaufmodellen. Volk und Nation heute zu theoretischen und praktischen Bezugspunkten für eine soziale Emanzipation in den spätkapitalistischen Metropolen machen zu wollen, ist reaktionär.

3) Unter diesen Voraussetzungen verstehen wir unter Rückbesinnung auf den Marxismus die notwendig gewordene Modernisierung dieses theoretischen Werkzeugkastens. Solch ein Marxismus auf der „Höhe der Zeit“ bedeutet freilich auch das Verhältnis von Bruch und Kontinuität im Hinblick auf die ArbeiterInnenbewegung, ihre Strömungen und Flügel solidarisch und nicht denunziatorisch zu entfalten.

4) Die Modernisierung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie kann aber nicht Vereinseitigung und/oder Entsongung relevanter Teile bedeuten, wie sie vornehmlich von den WertkritikerInnen und anderen Neo-RevisionistInnen betrieben werden. Statt theoretisch fundierter Einsichten in ökonomische Strukturen und Unterdrückungszusammenhänge zum Zwecke ihrer Aufhebung liefern sie feuilletonistische Beiträge, die mit der ranzigen Message befrachtet werden, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Wie es jedoch jenseits des Kapitalismus weitergehen kann/soll, d.h. was der Kommunismus ist und warum es sich „lohnt“, sich dafür einzusetzen und den Kapitalismus aufzuheben, ist bei ihnen nicht zu lesen.

5) Der TREND ist seit Januar 1996 ein rein virtuelles Erzeugnis, dessen publizistische Konzeption im Laufe der Jahre verändert wurde. Zunächst war er eine Mischung aus Nachrichten- und Verlautbarungsorgan für das linke und radikale Spektrum im Internet. Theoretische Artikel ergänzten die Palette. Im Laufe der Zeit wurde der TREND zur Starthilfe für andere Projekte, die den

Weg ins Internet gehen wollten. Die Unterstützung reichte im Laufe der Jahre von der SOZ über den Stressfaktor, dem Gegeninformationsbüro bis zu den LINKEN BUCHTAGEN. Zu diesem Zwecke schuf der TREND gemeinsam mit anderen das PARTISAN.net, aus dem das INFOPARTISAN.NET als Portal- und Archivseite für linke Politik 2004 hervorging.

6) Heute ist der TREND hauptseitig ein Theorieorgan für linke Politik. dh. in Umkehrung der Ausgangssituation von 1996 stehen nun statt aktueller Berichterstattung theoretische Texte im Vordergrund. Die Textauswahl erfolgt strömungsübergreifend, damit von herrschenden Meinungen abweichende sozialemanzipatorische Ansichten eine Internetplattform erhalten. Hintergründe und Gegenstandspunkte zu veröffentlichen ist ein Markenzeichen des TREND. Die konkrete Utopie einer Gesellschaft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung und die Befreiung aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit sind daher Ziel und Inhalt unserer journalistischen Praxis.

7) Von daher könnte unser Veröffentlichungskonzept als „teilnehmende Beobachtung“ definiert werden. Dieser Begriff war in den 70er Jahren unter Sozialwissenschaftlern recht verbreitet und sollte signalisieren, dass jene nicht bereit waren, den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess in der Faktenhuberei der empirischen Sozialforschung verkommen zu lassen. Im Prozess der Untersuchung sollten stattdessen die Untersuchungsobjekte in dialektischer Weise zu Subjekten des Prozesses werden und umgekehrt, die Forschenden zu Lernenden. In diesem Sinne glauben wir durch das Gegeneinanderstellen sich widerstreitender Auffassungen das Wissen der Leute zu verbreitern, damit diese in einen Dialog treten und - wenn es gelingt - ihre An- und Einsichten ins wirkliche Leben hineinragen.

Solche Entwicklungen in Sachen Theorie seit 1996 kontinuierlich zu dokumentieren, machten den TREND zum Spiegel und Archiv dessen, was Linke theoretisch umtreibt und welche praktische Politik sich daraus ableitet. Darüber hinaus diente der TREND als virtueller Gedächtnisspeicher, um ausgegrenztes oder totgeschwiegenes Wissen für linke Politik wieder zugänglich zu machen. Die Methode, die wir dabei anwenden, kann folgendermaßen beschrieben werden:

Wir verbreiten sowohl bereits veröffentlichte Texte durch Spiegelung als auch bisher unveröffentlichte, um sie dadurch neu zu sampeln bzw. zu remixen. Diese besondere Sammlungsmethode schafft neue Sichtweisen und Einsichten in bereits bekannte Zusammenhänge und Strukturen. Bestimmte Informationen, die zuvor als marginal galten, können so eine zentrale Bedeutung erlangen.

8) Damit beansprucht der TREND Teil der linken Gegenöffentlichkeit in Internet zu sein. Allerdings machen wir nicht bei dröger Faktenhuberei und

redundantem Info-Broking mit. Wir überlassen es anderen, bürgerliche Nachrichtendienste abzugrasen und deren News - nach Reizwörtern sortiert - in linke Infokanäle einzuspeisen, um die dort bereitgehaltenen Nachrichten aus den eigenen Zusammenhängen zu komplettieren.

9) Die Herstellung des TREND erfolgt rein virtuell. Dadurch sind die Kommunikationsstrukturen, die zu seiner Herstellung nötig sind, überwiegend auch virtuell. Dennoch streben wir, seitdem es den TREND gibt, seine Verknüpfung mit dem „wirklichen Leben“ an. Formen, in denen dies geschieht, waren bisher: Veranstaltungen, Seminare, Gesprächsrunden, Plena und Konferenzen, wobei die jeweilige Tagungsform dem Inhalt geschuldet war.

10) Indem der TREND in politischen Zusammenhängen jenseits des WWW durch jene Menschen präsent war, die als LeserIn, RedakteurIn oder AutorIn mit ihm verbunden sind, entstanden reale Kommunikationsstrukturen entlang des TREND. Gegenwärtig läuft der Versuch aus einem Teil dieser Strukturen einen festen Arbeitszusammenhang zu schaffen, der in der Form eines politischen Beirats direkten Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung des TREND (z.B. Themenschwerpunkte, Veranstaltungen, virtuelle Archive) erhält.

Ständige Rubriken im TREND

Betrieb & Gewerkschaft
Kommentare & Texte von Max Brym
Hintergründe & Gegenstandspunkte
Zur Information & Diskussion
Das besondere Dokument
Virtuelle Reprints
Texte zur Ökonomie
Texte zur Geschichte

Im TREND gibt es über 4000 Texte u. a. von

Patrick Hagen ++ Thomas Brunst ++
Bernhard Schmid ++ Peter Nowak ++
Ilse Schwipper ++ Gerhard Hanloser ++
Robert Schlosser ++ Daniel Dockerill ++
Werner Imhof ++ Günter Jacob ++
Helmut Höge ++ Café Morgenland ++
Stefan Kalming ++ Andreas Nowak ++
Daniel Ittermann ++ Michael Heinrich ++
Robert Hamm ++ Horst Selisch ++
Silke Studzinsky ++ Franz Schandl ++
wildcat ++ Thomas Meyer-Falk

und vielen anderen...

